

Attac-Rat 3.3.2012

Rolle der Institutionen in der Krise (EZB, IWF, EU-Kommission etc.) bei der Durchsetzung der Austeritätspolitik, dabei Rolle Deutschlands in der EU **Hintergrundpapier zur 'Euro'krise von Elke Schenk**

Vorbemerkung:

Alexis und ich haben die 3 Teile des Fragenkatalogs aufgeteilt. Alexis übernimmt schwerpunktmäßig Teil 1, ich Teil 2, zu Teil 3 wollen wir beide beitragen. Ich habe die Fragen aus eurem Katalog nummeriert und die Antworten jeweils darunter eingefügt. Meine Antworten zu den Fragen nehmen neben der spezifischen Problematik der sog. Eurokrise die Finanzmärkte und Finanzkrise 1 als Auslöser sowie die erwartete Finanzkrise 2 mit in den Blick. Teilweise habe ich Fragen ergänzt bzw. anders akzentuiert. An manchen – aus meiner Sicht – exemplarischen Stellen gehe ich ziemlich ins Detail, um am konkreten Fall die Gesamtproblematik, vor der wir stehen, zu vermitteln und die wir wegen der Intransparenz der globalen Finanzverflechtungen und -instrumente nicht in ihrer Gesamtheit erfassen können / dürfen.

In meinem Vortrag am Samstag werde ich mich auf die Konsequenzen aus der Analyse im Hinblick auf unsere Haltung zur EU, Perspektiven für ein solidarisches und demokratisches EUropa sowie Ansatzpunkte für eine Attac-Strategie konzentrieren.

1. Europäische Architektur: Integration und Souveränitätstransfer vs. nationalistische, chauvinistische und rassistische Strömungen

a) Wie ist das Agieren der deutschen Bundesregierung im bisherigen Verlauf der Schuldenkrise zu bewerten?

b) Wie wirkt das europäische Semester in diesem Zusammenhang noch nach?

c) Was wären die Konsequenzen eines Staatsbankrotts in Griechenland für die Menschen in Griechenland und anderen hoch verschuldeten Eurostaaten, für Deutschland und den Rest der Eurozone? Ergänzend: Konsequenzen für das globale Finanzsystem und im Falle eines (freiwilligen bzw. erzwungenen) Schuldenschnitts

- Ein Staatsbankrott (Zahlungsunfähigkeit) würde zunächst dazu führen, dass die Gläubiger Griechenlands nicht mehr (vollständig) bedient werden (Wegfall von Zinseinnahmen, Teilverlust der Kreditsumme).
- Einschlüsse im europäischen und internationalen Finanzsystem (v. a. bei US-Banken) sind zu erwarten aufgrund von spekulativen Investments, in die Staatsanleihen bzw. darauf bezogene CDS (Credit Default Swaps, Kreditausfallversicherungen) involviert sind.
- Von einem Schuldenschnitt und einer Insolvenz betroffen sind alle, die Griechen-Bonds als Sicherheit im Pyramidenspiel des Repo-Systems (Repurchase Agreement, kurz: Verkauf auf Zeit) (s. auch unter 2 b)b) eingesetzt haben. Banken halten die Staatspapiere nicht bis zur Endfälligkeit, sondern verwenden die Staatspapiere als Sicherheit um Kredite (für spekulative Geschäfte) zu erhalten. Die Kreditgeber reichen die Anleihe mit Abschlag ihrerseits wieder weiter als Sicherheit, usw.¹ Ähnlich der Hypotheken-Verbriefung ist ein verschachteltes Pyramidensystem daraus entstanden, das einstürzen kann und Einschlüsse an unvermuteter Stelle nach sich zieht. (Ich vermute, dass dies mit ein Grund für das zweite deutsche Bankenrettungspaket über 480 Mrd € ist.² Über die – nicht im einzelnen bekannten Dimensionen von Derivaten und das Pyramidensystem der Repos hätte eine Pleite Griechenlands m. E. gravierendere Folgen als die Lehman-Pleite.³).

1 Vgl. Rainer Sommer: Eurobonds, Repomärkte und die Rolle der EZB, in Telepolis 20.8.2012

2 Siehe "Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpaketes zur Stabilisierung des Finanzmarktes" (2. FMStG), BT-Drucksache 17/8343: Das 2. FMStG soll die "indirekten Auswirkungen der Probleme von staatlichen Schuldern auf die Unternehmen des Finanzsektors" abfangen.

3 Meine Alarmlampen sind jedenfalls bei folgender Meldung angegangen: „Per Ende Juni vergangenen Jahres -

- Mit der Zahlungsunfähigkeit wäre ein sog. Kreditereignis gegeben, das den mit CDS (Credit Default Swaps) auf die Griechenland-Pleite spekulierenden v. a. angelsächsischen Hedge-Fonds einen großen Geldsegen bescheren würde, - unter der Voraussetzung, dass die Gegenpartei (der Sicherungsgeber) zahlungsfähig ist. Laut Angaben von Forbes im Oktober 2011 umfasst die Summe der CDS auf Griechen-Bonds 72 Milliarden USD. Ich vermute, dass davon auch die Deutsche Bank als einer der weltweit größten Sicherungsgeber (2008 für über 5 Billionen USD an CDS) einiges in den Büchern hat. Ebenfalls betroffen nach meiner Einschätzung in Deutschland die LB-BW sowie die Commerzbank und die HRE – FSM-Wertmanagement. Vermutlich ist dies der Grund, warum Ackermann so bemüht ist, einen Schuldenschnitt einzufädeln und möglicherweise der zweite wesentliche Grund für das neue Bankenrettungspaket. (S. meinen Artikel „Deutsche Bankenrettung II).
- Auch die zwangsweise Umschuldung, die das griechische Parlament mit der Einführung einer CAC Collective Action Clause beschlossen hat für den Fall, dass sich nicht genügend Freiwillige finden, kann noch zu ungeahnten Folgen führen, falls sich Hedgefonds dieser Regelung auf dem Klageweg widersetzen.
- Bei einem **Schuldenschnitt stehen die griechischen Pensionskassen vor der Pleite**, die 27 Mrd Euro an Staatsanleihen halten, die dann nur noch knapp die Hälfte wert wären.
- Mit Verlusten müssen bei einem freiwilligen Schuldenschnitt, der nicht als Kreditereignis gewertet wird, auch diejenigen Finanzspekulanten rechnen, die in beide Richtungen gewettet haben. Sie erleiden einen Ausfall aufgrund des Haircuts und erhalten keine Mittelzuflüsse aus der Gegenwette, wenn der Schuldenschnitt nicht als Kreditereignis gilt.⁴

d) Wie ist die Mitgliedschaft Griechenlands und anderer hoch verschuldeter Eurostaaten in der Eurozone zu bewerten? Welche Folgen hätte ein Austritt aus der Eurozone für Griechenland, die anderen hoch verschuldeten Staaten, für Deutschland und den Rest der Eurozone? Welche Handlungsoptionen gibt es in solch einem Szenario?

e) Wäre die einseitige Ausrufung eines Staatsbankrotts mit dem weiteren Verbleib in der Eurozone und /oder EU vorstellbar bzw. wünschenswert? Was folgt daraus für die Architektur der EU?

f) Ist die EU/Eurozone überhaupt/nach/weiterhin ein Rahmen, in dem fortschrittliche Politik prinzipiell denkbar ist oder müsste dieser Rahmen verändert/beseitigt werden, um Raum für fortschrittliche Politik zu haben?

g) Wie lässt sich in diesen Zusammenhang die Idee einer Fiskal- und Wirtschaftsunion (als mögliche Voraussetzung einer Währungsunion) bewerten?

h) Wie groß ist die Gefahr, dass sich nationalistische, rassistische o. ä. Strömungen durchsetzen?

2. Institutionen, Methoden und Instrumente in der Krise

a) Welche Rolle spielen ESM/ESFS und andere informelle Institutionen wie Troika oder Groupe de Francfort in der Krise und welche Bedeutung muss ihnen für die zukünftige Entwicklung beigemessen werden?

b) Wer haftet über welche Kanäle im Falle eines Zahlungsausfalls? (EZB, Bundesbank, EFSF, ESM) Auf welche Art und Weise wird die Bevölkerung davon betroffen?

- Die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF, ugspr. Rettungsschirm) wird nicht nur Anleihen begeben können, sondern soll Staatsanleihen direkt oder auf dem Sekundärmarkt

aktuellere Zahlen liegen nicht vor - betrug das Griechenland-Exposure der FMS Wertmanagement 9,3 Milliarden Euro. Derivate in nicht veröffentlichter Milliardenhöhe müssen noch hinzugerechnet werden. ... Unklar ist etwa, wie sich die nötige Korrektur der Derivate-Positionen niederschlägt und ob sich aus den nach HGB bilanzierten Wertpapieren ebenfalls hohe Minderungen ergeben.“ FAZ, 21.2.2012

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenschnitt-deutschlands-groesste-bad-bank-braucht-geld-11657383.html#Drucken> Vgl. dazu auch: Ellen Brown: Greek knife to Wall Street. In: Asia Times online, 23.2.2012

⁴ Vgl. Ellen Brown, Greek knife, a.a.O.

- aufkaufen können.⁵ Das heißt, dass die EFSF den 'Investoren' alte Anleihen abnimmt, damit sie die neuen, die mit größeren Garantien unterlegt sind, kaufen. Das aber würde letztlich bedeuten, dass die Euro-Staaten faktisch auch für Altschulden bürgen, obwohl das offiziell nicht der Fall sein soll. Es kann laut EFSF-Vertrag auch beschlossen werden, die Rettungsmittel „für andere Zwecke“ einzusetzen, z. B. um Banken vor der Pleite zu bewahren.⁶
- Um die Bürgschaften der Euro-Länder im Sinne der Kapitalgeber mit ausreichend Substanz zu unterfüttern, sehen die Regularien der EFSF verschiedene Maßnahmen zur Bonitätssteigerung vor, von der Garantie von 120 % der Kreditsumme bis hin zur Hinterlegung von realen Werten („warehousing arrangements“) der Euroländer als Pfand.⁷
 - Bei einer Zahlungsunfähigkeit und nötiger Umschuldung werden die Kredite des IWF vorrangig bedient. Für die vom EFSF vergebenen Kredite mit Nachrangigkeit wird dann die Bürgschaft der Euroländer fällig, um den Investoren zu gewährleisten, dass sie ihr Geld in voller Höhe zurück erhalten. Ein sog. Haircut geht auf Kosten der Steuerzahler.
 - Die „unwiderrufliche(n) und unbedingte(n) Bürgschaften [...] der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets“⁸ gelten bis zur vollständigen Tilgung der gewährten Darlehen.
 - Der neue dauerhafte Krisenmechanismus ESM soll im Juli 2012 starten und Mitte 2013 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen. Er wird im Unterschied zum EFSF mit Kapitaleinlagen der Eurostaaten unterfüttert (80 Mrd Euro). Für die ersten fünf Jahre wird von Deutschland eine Einzahlung von knapp 22 Mrd Euro fällig. Insgesamt muss Deutschland Garantien für ein abrufbares Kapital in Höhe von 168,3 Milliarden Euro bereitstellen. Bislang ist noch strittig, ob die 500 Mrd Euro Garantiesumme, mit der der ESM ausgestattet sein soll, gehebelt wird und wenn ja, in welchem Umfang und auf welche Weise.⁹ Haftung: Der IWF ist immer vorrangiger Gläubiger, d. h. er wird grundsätzlich von einer Umschuldung ausgenommen. Private Gläubiger sollen gegenüber ESM-Krediten nachrangig bedient werden, allerdings ist dazu im Widerspruch auch die Aussage zu finden, dass private Gläubiger von einer Beteiligung ausgenommen werden sollen.¹⁰
 - Mögliche Folgen im Falle der Zahlungsunfähigkeit eines der über den EFSF / ESM kreditierten Länder:
 - a) Entweder bedienen die BürgerInnen der Eurostaaten die bei einer Zahlungsunfähigkeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen für EFSF-Anleihen komplett (mit allen sozialen Folgen unter dem Regime des Fiskalpaktes).
 - b) Oder im Falle eines Schuldenschnitts werden kapitalbasierten Pensionssysteme betroffen, da die Anlagegelder bzw. die Ansprüche bzgl. einer privaten Alterssicherung entwertet werden (betroffen sind dann solche Fonds, die schwerpunktmäßig in Rentenpapiere investiert sind, wie: Beamtenpensionen, Riester-Verträge, Kapitallebensversicherungen¹¹)
 - c) Zusätzlich zu a) oder b) werden Zahlungsausfälle im internationalen Bankensystem über Bankenrettungsprogramme von uns zu begleichen sein. (S. dazu Näheres unter Punkt b)b)
 - Bei der Frage, inwieweit Verluste von EZB und Bundesbank von der Bundesrepublik als Hauptgläubiger übernommen werden müssen, scheiden sich die Geister. Hier spielen

5 Siehe http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_54/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20100609-Schutzschirm-Euro.html?_nnn=true (dort die Links zu den Vertragstexten)

6 Vgl. Rettungsschirm wird für Deutschland noch teurer. In: FAZ 15.1.2011 und: Barroso bietet Merkel die Stirn. In: ftd, 15.1.2011

7 Vgl. http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_54/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20100609-Schutzschirm-Euro.html?_nnn=true (s. dort die Links zu den Vertragstexten) Ziel der Übersicherung ist, dass nicht nur für die Kreditsummen, sondern auch für die Zins- und Zinseszins-Zahlungen gebürgt wird.

8 EFSF, Rahmenvertrag, S. 8

9 Pressemeldung der Bundesregierung zur Unterzeichnung des ESM, Nr 2, 02/2012

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/03MagazinEuropaInternationales/2012/02/Doorpage-02.html?context=Inhalt%2C2>

10 Dr. Bernhard Manzke: Stabilisierungsmaßnahmen zur Bewältigung der EWU-Staatsschuldenkrise 15. Februar 2012, Deutsche Bundesbank

11 Vgl. Sinkende Ratings zwingen Bund zu Regeländerung. In: Handelsblatt, 17.1.2012 Darin heißt es, dass Fonds zur Beamtenversorgung auch in geringer bewertete Papiere investieren dürfen.

Ausfälle bei den von den Banken im Gegenzug zu Zentralbankgeld hinterlegten Sicherheiten, Zahlungsausfälle der von der EZB auf dem Sekundärmarkt aufgekauften Anleihen von Griechenland, Portugal, Irland, Italien sowie im sog. Target-2-Verrechnungssystem verbuchte Forderungen der Bundesbank gegenüber Zentralbanken anderer Eurostaaten und der EZB eine Rolle. Hier geht es um erhebliche Summen und je nach Handhabe erhebliche Konsequenzen für die BürgerInnen.

„Ein negativer Target2 Saldo kann entstehen aus der Summe der Leistungsbilanzdefizite zuzüglich der privaten Nettokapitalabflüsse (Kapitalflucht). Der positive Target2 Saldo ist das Pendant dazu, die Differenz der Leistungsbilanzüberschüsse abzüglich der geringeren privaten Nettokapitalabflüsse oder eben als Summe der Leistungsbilanzüberschüsse zuzüglich der privaten Nettokapitalzuflüsse.“¹²

- Zu den Folgen eines übermäßig positiven Target-2-Saldos auf Seiten der Bundesbank: Es handele sich dabei um „eine massive Verschiebung des Risikos zur BUBA Statt privates Kapital (vor allem Banken) finanziert die BUBA die Leistungsbilanzdefizite und die Kapitalabflüsse aus den PIIGSFB. Das Risiko aus der europäischen Zahlungsbilanzkrise liegt bei der BUBA und damit beim Steuerzahler der Eurozone, denn die BUBA haftet bei Ausfall aus der Target2 Forderung gemäß ihres Kapitalanteils an der EZB in Höhe von 27,13%, ebenso wie beim potentiellen Ausfall der aufgekauften Staatsanleihen.“¹³

„Die BUBA hielt im Dezember 2011 Assets von 463,311 Mrd. Euro aus Target2, 55,797 Mrd. Euro aus der Kreditgewährung gegenüber Finanzinstituten, weitere 18,128 Mrd. Euro an Forderungen gegenüber Kreditinstituten in Fremdwährungen, 71,867 Mrd. Euro aus Forderungen von aufgekauften Wertpapieren, darunter 66,981 Mrd. Euro aus Wertpapieren zu geldpolitischen Zwecken (vor allem Staatsanleihen)! All diese nicht zu unterschätzenden Risiken steht ein armseliges Eigenkapital aus Grundkapital (2,5 Mrd. Euro) und gesetzlicher Rücklage (2,5 Mrd. Euro) von insgesamt **5,0 Mrd. Euro** gegenüber.“¹⁴

„Das Risiko der leeren Kasse

Wenn allerdings die Bundesbank auf diese Weise 70 % - 80 % ihres Vermögens verloren hat, und in eben diesem Umfang faktisch in die Hände des Deutschen Bankensystems gefallen ist, (Seite 1, Ziff. 10) führen weitere T2-Operationen zur Gefährdung der Einlagegelder der deutschen Banken bei der BuBa und das allgemeine Risiko für alle Beteiligten steigt exponentiell. Dieser Punkt dürfte mit € 498,131 Milliarden T2-Saldo jetzt erreicht sein.“¹⁵ Das würde bedeuten, dass die Steuerzahler die Bankenverluste ausgleichen müssten. (Die eilige Einrichtung von SoFFin II macht vor diesem Hintergrund Sinn).

- Demgegenüber betont Jens Berger auf den Nachdenkseiten:¹⁶ „Die EZB ist eine Zentralbank und keine „Europäische Sparkasse“. Verluste der EZB müssen nicht zwingend durch den Steuerzahler beglichen werden.“ Im Bundesbankgesetz fehle eine Regelung über den Ausgleich von Verlusten. ... „Die Bundesbank ist eine Anstalt ohne Haftung ihres Trägers. [...] Fällige Forderungen gegen eine Notenbank stehen rechtlich und ökonomisch der Innehabung von Zentralbankgeld gleich, da eine Notenbank immer liquide ist. Sie kann und darf als einziger Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen die Zahlungsmittel selbst schaffen, mit denen gegen sie gerichtete Forderungen zu begleichen sind.“ Für den Fall, dass die EZB mit den Staatsanleihen Verluste macht, sieht Berger folgende Handlungsoptionen: „Sie könnte den Verlust bis zum Sankt Nimmerleinstag in den Büchern behalten; sie könnte ihn durch einen Sonderposten ausgleichen (schließlich darf eine Zentralbank Geld schaffen); sie könnte ihn aber auch langfristig mit ihren Überschüssen abbauen.“ ... Auch die typisch

12 BUBA: Rekordbilanzsumme im Dezember. In: Querschuss, 11.2.2012 <http://www.querschuesse.de/buba-rekordbilanzsumme-im-dezember/>

13 BuBA, Rekordbilanzsumme, a.a.O.

14 BUBA, Rekordbilanzsumme, a.a.O.

15 Artikel von Taxpayers Association of Europe (TAE), ... <http://www.mmnews.de/index.php/wirtschaft/9560-target2-die-finanzielle-atombombe>

16 Jens Berger: Die Milliarden-Lüge. In: Nachdenkseiten, 16.2.2012 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=12251#more-12251>

deutsche Angst vor Inflation wäre in diesem Falle unberechtigt, da kein einziger Cent frischen Geldes geschöpft würde, da die Bilanzkorrekturen sich außerhalb der kursierenden Geldmenge abspielen würden.“

- Meine Einschätzung: Wenn der Fall so einfach wäre, wären Zahlungsbilanzdefizite und Staatsschulden ja nie ein Problem. Sie bleiben einfach als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten in der Bilanz der Zentralbanken und richten keinen weiteren Schaden an. Für die Einschätzung der finanziellen Folgen des bisherigen Rettungsweges für die deutschen Steuerzahler wäre m. E. eine seriöse und unabhängige Klärung zum Target-2-System erforderlich.¹⁷ Vorausgesetzt die Darstellung der Target-2-Warner stimmt, ist die Handhabung der hier aufgelaufenen Forderungen (= potentielle Verluste) auch entscheidend zur Beurteilung der Inflationsgefahr und der Folgen für uns unter dem Regime des Fiskalpaktes.

b)b) Welche weiteren Verluste drohen den BürgerInnen aufgrund der immer noch schwelenden Finanzkrise und der ausgebliebenen Entwaffnung der Finanzmärkte?

- „Der Turm auf dem Zahnstocher“ (Ruben Schenk): Wie oben schon deutlich geworden ist, lauern selbst aus einer – noch nicht beschlossenen Umschuldung – Gefahren aufgrund der verwinkelten und intransparenten Finanzspekulationen. Dazu als ein Beispiel das Pyramidensystem, das aus der Repo-Finanzierung (= Verkauf auf Zeit) entsteht: „Auch im privaten Repogeschäft bekommen die Geldgeber Wertpapiere übereignet, die sie erst am Rückkauftermin wieder bereitstellen müssen. Bis dahin liegt es in ihrem Ermessen, was sie mit diesen Papieren machen, deren Zins-Coupons allerdings beim Kreditnehmer (z. B. der Bank, E. S.) verbleiben. Folglich liegt es nahe, sie ihrerseits auf die Reise zu schicken und gegen Liquidität zu tauschen, die wiederum für Investitionen zur Verfügung steht. Dem Kreditgeber, steht es nun frei, mit den übernommenen Wertpapieren ebenso vorzugehen, woraus sich ein enormes Leverage ergibt. ... Was die MF Globale-Pleite jetzt aber gezeigt hat, ist nicht nur, dass die weltweit verfügbaren Sicherheiten mehrfach für Kredite verwendet werden können, sondern dass die Broker und Investmentbanken die Wertpapierbestände ihrer Kunden für eigene Zwecke riskieren dürfen, die eigentlich in Sicherheit auf streng separierten Kundenkonten liegen sollten. Laut Reuters nutzte MF Globale dabei ein Schlupfloch der britischen Regulierung, um Kundenvermögen über die sogenannte "re-hypothecation" für eine eigene 6,3 Mrd.-Dollar-Investition in Schulden der Eurozone-Krisenstaaten einzusetzen.“^{18 19}

c) Ist die Ausgabe von Eurobonds geeignet die Schuldenkrise Europas zu bewältigen? Welche Gefahren bestehen und wo liegen diese?

- Zu Beginn der Krise hätte die Ausgabe von Eurobonds das Zinsniveau für Griechenland vermutlich niedrig gehalten, da die damals noch vielen AAA-Euro-Länder den Bonds ein

17 Ziemlich wolkig z. B.: Interview mit Seag Egan, Chef einer unabhängigen Ratingagentur. 01.02.2012

„Die Rettung gibt es nicht umsonst. Und diese Kosten werden sich auf eine Art und Weise zeigen, die dem Steuerzahler wohl nicht bewusst ist. ... Verluste können sich nicht in Luft auflösen. Sie werden einfach von den schwächeren Staaten und ihren Banken zu den Steuerzahlern der stärkeren europäischen Länder transferiert. ... **Wie werden sich die Kosten zeigen?** Die Europäische Zentralbank wird letztlich einige Verluste machen. Wenn es der EZB an Kapital fehlt, wird sie sich an die Bundesbank und andere nationale Zentralbanken wenden. Das wird die Bundesbank harte Euro kosten.“ <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/euro-krise-die-finanzmaerkte-verstehen-die-folgen-der-euro-rettung-fuer-deutschland-nicht-11634320.html> (3.2.2012)

18 Rainer Sommer: Pleite von MF Global entlarvt Finanzplatz London als verrotten. In: Telepolis, 10.12.2011

19 Als Kollateralschaden der Eurokrise ist auch die Pleite der Dexia-Bank anzusehen, die den französischen und belgischen Steuerzahler jetzt teuer zu stehen kommt. Ausgelöst wurde die Pleite, da sich die Zinssätze für deutsche Bundesanleihen entgegen den Erwartungen verbilligten und eine darauf aufgesetzte Spekulation zu Nachschussforderungen führte, die die Bank nicht tragen konnte.

Siehe auch: Bericht von Johannes Duchrow vom G-20-Gipfel in Cannes. 4.11.2011, wonach die USA ein erhebliches Interesse an der Lösung der Griechenland-Krise hätten, da US-Fonds 500 Mrd USD in Derivaten auf Staatsanleihen der Eurokrisenstaaten im Feuer hätten. <http://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio77748.html>. Das wahre Risiko aus Europa beträgt 518 Milliarden Dollar. In: Deutsche Mittelstandsnachrichten 2.11.2011

- gutes Rating und eine niedrige Zinshöhe erlaubt hätten. Damals hätten Eurobonds die Verschärfung der Lage in Griechenland verhindert. Eventuell wäre dem Ansatz, mit der Spekulation gegen ein kleines Land die Eurozone zu zerlegen, ein Riegel vorgeschoben worden. Dies hat Merkel aus innenpolitischen wie ideologischen Gründen abgelehnt.
- Nach 2 Jahren hat sich die Lage völlig verändert. Außer D, NL und Fi sind alle Länder aus dem AAA herausgeratet worden. Dass Eurobonds keine Chancen mehr haben, zeigen die Schwierigkeiten des gesamtschuldnerisch haftenden EFSF von den Ratingagenturen das Triple-A zugestanden zu bekommen und diese Anleihen, die faktisch Eurobonds sind, günstig zu verkaufen.
 - Die Einführung von Eurobonds entzieht die Staatsfinanzierung nicht der Macht der Finanzmärkte.
 - Aus den Reihen der Bundesbank wird gegen Eurobonds eingewendet: „Bei Budgetsouveränität nach wie vor auf nationaler Ebene setzen Eurobonds falsche Anreize ... Wichtige Disziplinierung der Staatshaushalte über die Finanzmärkte geht verloren. ... Gleichzeitige Einführung angemessener Haushaltsregeln inkl. Eingriffsrechte in nationale Budgetsouveränität jedoch mehr als fraglich. Einführung zudem mit erheblichen rechtlichen Problemen verbunden: Nicht-Haftungs-Klausel auf europäischer Ebene; Verfassungsänderungen auf nationaler Ebene (auch in DE).²⁰

d) Welche Rolle spielt die EZB in der Krise?

– 1. EZB -Schlaraffenland für Banken

Die EZB stellt den Banken im Dezember 2011 für drei Jahre Liquidität im Volumen von fast 500 Mrd. Euro zum Leitzins zur Verfügung, der aktuell bei 1,0 Prozent liegt. Die Banken dürfen selbst entscheiden, wie viel Geld sie von der EZB haben wollen! Die Planungssicherheit der Banken soll erhöht werden und sie sollen Unterstützung bei der anstehenden Refinanzierung eigener Anleihen erhalten.²¹ Die Erwartung ist, dass die Banken mit dem Geld Staatsanleihen kaufen, was sich jedoch als reines Wunschdenken der Politik entpuppte. Zudem lockert sie die Sicherheitsanforderungen für solche Geschäfte. Seit 2012 akzeptiert sie 1/3 mehr Schuldeninstrumente als Sicherheiten als bislang, in der Summe etwa 40.000!.²² Ende Februar legt die EZB ein zweites Programm in derselben Größenordnung auf. Zu den Sicherheiten, die sie akzeptiert, gehören auch eigene Schuldverschreibungen der Banken.

Für rund 480 Milliarden Euro hat die EZB strukturierte Wertpapiere, sogenannte Asset-Backed Securities (ABS), angenommen, weitere 360 Milliarden stehen als "nicht marktfähige Finanzinstrumente" in den Büchern.²³ Im Rahmen des Securities Market Program darf die EZB seit Ausbruch der Finanzkrise auch Anleihen von privaten Akteuren (Banken und Unternehmen) aufkaufen.

Den Banken wird die große Freiheit gewährt: Geldspritzen nach Belieben; sie können entscheiden, ob sie damit Staatsanleihen kaufen und hohe Zinserträge kassieren oder lieber ins Kasino gehen oder, wenn ihnen die Sache zu brenzlich wird, an die EZB abstoßen.

– 2. EZB - neoliberaler Zuchtmeister als Teil der Troika²⁴

Im Gegenzug zum Anleihekauf auf dem Sekundärmarkt, um den Zinsdruck für die Staaten zu mildern, stellt die EZB Bedingungen. Von der italienischen Regierung verlangten Trichet und Draghi "die Kündigungsverfahren flexibler zu gestalten", "innerbetrieblichen Vereinbarungen den Vorzug gegenüber nationalen Branchentarifverträgen zu geben", "die

20 Bundesbank a.a.O.

21 Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/anleihen-zinsen/geldpolitik-banken-leihen-sich-500-milliarden-euro-von-der-ezb-11574639.html>

22 Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/anleihen-zinsen/geldpolitik-banken-leihen-sich-500-milliarden-euro-von-der-ezb-11574639.html>

23 EZB - Zweifelhafte Werte Von Matthias Brendel und Christoph Pauly. In: Spiegel online 6.6.2011

24 S. im Einzelnen: Bei den Frankfurtern. Ein Besuch bei der Europäischen Zentralbank am Ende der Ära Trichet von Antoine Dumini und François Ruffin. In: Le Monde diplomatique, 12/2011

kommunalen Betriebe (Personennahverkehr, Müllabfuhr, Stromversorgung) zu privatisieren". Dabei offenbarten die beiden Zentralbanker ihr Demokratieverständnis mit der Empfehlung, "auf dem Verordnungsweg vorzugehen, mit sofortiger Wirkung, nicht durch einen Gesetzentwurf, dem erst noch das Parlament zustimmen muss".

– **3. EZB kauft Staatspapiere auf dem Sekundärmarkt auf**

Seit Mai 2010 hat die EZB 217 Mrd. Euro ausgegeben, um die krisenbedingten Risikoaufschläge auf Staatspapiere aus Griechenland, Irland, Portugal, Italien und Spanien zu drücken. Die genaue Verteilung auf die einzelnen Krisenländer ist geheim; vermutet wird, dass die EZB von Griechenland Staatsanleihen zum Nominalwert von 50 Mrd Euro im Depot hat, für die sie aber weniger Geld ausgegeben hat.²⁵

– 4. Die EZB versucht einem zwangsweisen Schuldenschnitt zu entgehen, indem sie kürzlich ihre alten Griechenland-Anleihen in neue getauscht hat.²⁶

– **5. Aufsichtsrecht für die EZB mit der europäischen Wirtschaftsregierung:**

„Unter Aufsicht der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (DG Ecfm), der nationalen Wirtschaftsministerien und der EZB soll ein "Scoreboard" (Statusanzeiger) Alarm schlagen, sobald ein "makroökonomisches Ungleichgewicht" oder ein "Verlust an Wettbewerbsfähigkeit" zu gravierend wird. Wenn sich ein Land nicht an die Empfehlungen hält, wird es mit finanziellen Sanktionen belegt.“²⁷

e) Wie lässt sich die Ausgabe von Zentralbankgeld bzw. Aufkauf von Staatsanleihen bewerten? Verschärft sich durch die Erhöhung der Zentralbankgeldmenge möglicherweise die Gefahr einer Hyperinflation?

f) Welche Maßnahmen sind erforderlich um die Zinsbelastung vor allem der europäischen Südländer zu drücken? Wie lässt sich eine „geregelter Insolvenz“ bankrotter Schuldenländer bewerten?

g) Welche Rolle kommt dem Fiskalpakt (sowie weiteren neuen Maßregeln unter dem Schlagwort 'wirtschaftspolitische Koordinierung') zu und welche Konsequenzen zeitigt er?

- Der Fiskal-Pakt²⁸ („Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union“) ist der bislang letzte in einem ganzen Katalog von Beschlüssen der vergangenen 2 Jahre, die die Haushaltsdisziplin und die Vollendung des neoliberalen Umbaus EUropas zum Inhalt haben (Euro-plus-Pakt, Sixpack Economic Governance mit der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Europäisches Semester seit 1.1.2011) und die in ihrer Gesamtwirkung betrachtet werden müssen. Er soll Anfang März unterzeichnet werden und zum 1.1.2013 in Kraft treten. Im November letzten Jahres hat die EU-Kommission zwei ergänzende Gesetzgebungsakte auf den Weg gebracht, welche die haushalts- und wirtschaftspolitische Kontrolle genauer definieren sollen.²⁹
- Um die Verpflichtung, ausgeglichene Haushalte vorzulegen und das bestehende Defizit

25 Vgl. EZB erwägt Alternative zu Staatsanleihekauf ftd, 18.1.2012

<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/schuldenkrise-ezb-erwaegt-alternative-zu-staatsanleihekauf/60156076.html>

26 Vgl. *Athener Schuldenschnitt*: EZB wappnet sich für Scheitern des Griechenland-Haircuts, Handelsblatt 16.2.2012

27 Union der Lohndrücker, LMD, Februar 2012

28 S. Anne Karras: Der neue zwischenstaatliche Fiskal-Vertrag, 12.01.2012

29 Einen guten Überblick gibt, auch wenn man der Bewertung nicht folgen mag: Daniela Schwarzer: Economic Governance in der Eurozone. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 23.1.2012 <http://www.das-parlament.de/2012/04/Beilage/003.html>

Die neuen Gesetzesvorlagen der EU-Kommission:

Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über gemeinsame Bestimmungen für die Überwachung und Bewertung der Übersichten über die gesamtstaatliche Haushaltsplanung und für die Gewährleistung der Korrektur übermäßiger Defizite der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/documents/pdf/regulation_1_de.pdf

Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über den Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung von Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität im Euro-Währungsgebiet betroffen oder bedroht sind http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/documents/pdf/regulation_2_de.pdf

abzubauen, zu erfüllen, „müssten allein die Eurostaaten in fünf Jahren 1,5 Billionen Euro kürzen!“³⁰ Alle Staaten der EU, die Haushaltsdefizite aufweisen und mehr als 60 % Staatsdefizit, werden behandelt wie Entwicklungsländer vom IWF unter dem Regime der Strukturanpassungsprogramme:

„Mitgliedstaaten, die sich in einem Defizitverfahren befinden, legen der Kommission und dem Rat ein Wirtschaftspartnerschaftsprogramm zur Billigung vor, in dem die notwendigen Strukturreformen beschrieben sind, mit denen sie eine wirklich dauerhafte Korrektur ihres übermäßigen Defizits erreichen wollen. Die Durchführung des Programms und die entsprechende jährliche Haushaltsplanung werden von der Kommission und vom Rat überwacht. Es wird ein Verfahren eingeführt, nach dem die Mitgliedstaaten vorab über die von ihnen geplanten nationalen Emissionen berichten.“³¹

- Vorübergehende Abweichungen von der Regel des ausgeglichenen Haushaltes sind zulässig bei „außergewöhnlichen Ereignissen, die außerhalb der Einflussphäre eines MS liegen und die bedeutende Auswirkungen auf die Finanzsituation einer Regierung haben.“ Ein Schelm, wer da an die nächste Welle anstehender Banken-Bailouts denkt.³²
- Die Schuldenbremsen dürfen und werden nicht funktionieren. Wenn Staaten keine / kaum Schulden mehr haben, herrscht für die Vermögenden dieser Erde „Anlagenotstand“. Deutlich wird dies an der Berechnung der Belastungen, die der geplante Schuldenschnitt von gut 50 % für die Gläubiger bedeutet: Der Verlust wird mit 70 % angegeben, da künftige nicht eingehende Zinsgewinne als Verlust gebucht werden. D. h das Geschäftsmodell von Banken und institutionellen Investoren benötigt die Staatsschulden.
- Es geht, wie bei den Auflagen für Euro-Krisenländer eben nicht nur um ausgeglichene Haushalte, - dann könnte man das privat angehäuften und konzentrierte Vermögen abschöpfen - sondern um die Zerstörung dessen, was als Konsens der sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg galt. Dauerhaft verankert wird die Nachrangigkeit der sozialen Rechte der Bevölkerungen aller EU-Länder gegenüber den Eigentumsrechten der Kreditgeber und Profitinteressen von Investoren / Konzernen (Privatisierung, weitere Deregulierung des Arbeitsrechts, ...). Griechenland und Portugal sind hier als Modellversuche zu betrachten.
- Im Zusammenhang mit den über den EFSF übernommenen Bürgschaften kann sich bei Zahlungsausfall eines Krisenstaates der Fiskal-Pakt in Form eines verschärften Verarmungsprogramms a la Griechenland auswirken; denn die Schuldenbremse verbietet ein Ausweiten der Staatsverschuldung. Die Staaten würden „gegenüber ihren Bürgern als Inkassoagenturen“ auftreten, die die Ansprüche der EFSF-Gläubiger bedienen..³³
- Der Fiskalpakt erhebt eine Ideologie, die der Realität nicht standhält, und eine beschränkte Sicht volkswirtschaftlicher Zusammenhänge, zur Quasi-Verfassungsnorm. Die Funktion des Fiskalpaktes wie der weiteren Beschlüsse unter dem euphemistischen Begriff „Wirtschaftsregierung“ besteht m. E. darin, die Vollendung der 4 Gebote des Washington Consensus auf EU-Ebene durchzusetzen. Dazu ein Blick in das Maßnahmenpaket, das die EU-Kommission in ihrem ersten Wachstumsbericht anführt, der Grundlage für die nationale Budgeterstellung im Rahmen des „Europäischen Semesters“ sein soll: „strikte nachhaltige Lohndisziplin für Leistungsbilanzdefizitländer ..., Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen, ... Abbau von 'übermäßigem' Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen, ... Abschaffung von

30 Flugblatt Europäischen Fiskalvertrag stoppen. <http://www.axel-troost.de/article/5932.europaeischen-fiskalvertrag-stoppen-sozialstaat-und-demokratie-verteidigen-in-deutschland-und-europa.html>

31 Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone vom 9. Dez. 2011 zur Einführung eines neuen intergouvernementalen Vertrags

32 Erhellend in diesem Zusammenhang, wie der Gesetzentwurf zur 2. deutschen Bankenrettung sich zu erwarteten Verlusten daraus äußert: "Die Kreditaufnahme für den Fond (SoFFin II, E. S.) führt zu einer höheren Verschuldung". Aber das ist kein Problem, denn a) der Fonds erhält ja Aktiva von den Banken (= Wertpapiere, die sie los werden wollen) b) "Von der begrenzten Erhöhung der Kreditaufnahme für den Fonds geht angesichts der konsequenten Konsolidierungspolitik der Bundesregierung kein spürbarer Zinseffekt aus".

33 Nach: Jens Beckert, Wolfgang Streeck: Die Fiskalkrise und die Einheit Europas. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23.1.2012 <http://www.das-parlament.de/2012/04/Beilage/002.html>

Steuerregelungen, die den grenzüberschreitenden Handel oder Investitionen beeinträchtigen³⁴: Sozialpolitisch und ökologisch aktive und zukunftsweisende Politik wird kriminalisiert.

- **„Race to the bottom“ im Verfassungsrang:** Nach dem Scheitern der Lissabon-Strategie bedeutet der Fiskalpakt (und die weiteren im Rahmen des Sixpack beschlossenen Vorschriften), einen neuerlichen Versuch der EU-Eliten, die eigene Position in der globalen Standortkonkurrenz gegenüber vor allem China zu halten. Dies geschieht mit der 'chinesischen Methode', die eigene Bevölkerung im Interesse der Standortsicherung und Exportposition zu opfern. Andreas Wehr weist darauf hin, dass die Economic-Governance-Maßregeln auf alle europäischen Lohnfindungsmechanismen durchschlagen werden. Die Orientierung am Euro-Durchschnitt bedeute Lohnsenkungsrunden, nachdem die Austeritätsprogramme in den Krisenländern das Lohnniveau massiv gedrückt haben. Dies wird auch die deutsche Bevölkerung treffen, die sich derzeit noch mit Griechen-Bashing ablenken lässt.

h) Wie müssen in diesem Zusammenhang EU-Kommission, Rat, EU-Parlament und nationale Parlamente eingeordnet werden?

- Die EU-Kommission erhält die zentrale Kontrollfunktion gegenüber den Mitgliedstaaten. Wie die Mitgliedstaaten die Vorgabe des maximal 0,5 %igen Haushaltsdefizits erfüllen sollen, wird „nach den von der Kommission vorgeschlagenen Grundsätzen festgelegt“³⁵, nach einem von der Kommission vorgegebenen Zeitplan. Elisabeth Klatzer und Christa Schlager weisen darauf hin, dass genau die Institution und Generaldirektion gestärkt wird, „die für politische Einflussnahme von Lobbyisten aus Finanz- und Wirtschaftskreisen besonders offen ist.“ Zudem werde der neue Überwachungsmechanismus „sensible budget- und wirtschaftspolitische Informationen in hochkonzentrierter Form ... an die Märkte liefern, die damit noch stärker und einfacher als bislang ihre 'Disziplinierungsfunktion' ausüben können.“³⁶ „das Interesse der 'Finanzmärkte' (trifft sich) mit dem der Brüsseler EU-Bürokratie an einer Stärkung der supranationalen gegenüber der nationalen Ebene der europäischen Politik.“³⁷
- Der Fiskal-Pakt wird als intergouvernementaler Vertrag der Eurozonen-Regierungen mit weiteren EU-Regierungen geschlossen, um eine EU-Vertragsänderung mit entsprechend langwierigen Diskussionen und Volksabstimmung zu vermeiden. Das EU-Parlament bleibt außen vor.
- Die vertragliche Betonierung der fatalen neoliberalen Politik schaltet die nationale wie europäische parlamentarische Demokratie weitgehend aus. Wenn die nationalen Parlamente diesem Vertrag zustimmen, stimmen sie ihrer eigenen weitgehenden Entmachtung zu. Selbst in den Fällen, in denen das EU-Parlament an der Gesetzgebung beteiligt wird, ist sein Einfluss nur mäßig, aufgrund der vertraglich vorgegebenen Asymmetrie gegenüber Rat und Kommission.

i) Welche Rolle spielen IWF und Weltbank?

- Der IWF ist bislang finanziell nur relativ gering engagiert und zudem vorrangiger Gläubiger wie immer. Die USA, die den IWF dominieren, haben geostrategisch kein Interesse daran, sich an einer Stabilisierung der Eurozone zu beteiligen.
- Geht man davon aus, dass dieser vom Zaun gebrochenen Eurokrise ein Währungskrieg zugrundeliegt, (der Schuldenstand, der in 2009 zur Katastrophe erklärt wurde, wird für 2020 zur Gesundung erklärt), ist die Einbeziehung des US-dominierten IWF eine Katastrophe.

34 Elisabeth Klatzer, Christa Schlager: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution? In: Kurswechsel 1/2011 s. 61 - 81

35 Erklärung zum Gipfel am 11.12.2011

36 Klatzer / Schlager: Europäische Wirtschaftsregierung, a.a.O.

37 Beckert, Streeck, a.a.O.

j) Wie lässt sich die Forderung nach einem Ende der „Rettungspolitik“ aus dem konservativen und wirtschaftsliberalen Lager (z. B. Henkel, Junge Unternehmer, FDP) erklären/bewerten? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine Attac-Strategie?

- Die Forderung nach einem Ende der Rettungspolitik hebt zum einen darauf ab, dass Finanzinstitutionen das Investitionsrisiko abgenommen wird, im Gegensatz zu produktiven Unternehmen. Keine staatlichen Eingriffe, auch nicht Subventionen für den Bankensektor als wesentlich wirtschaftsliberale Forderung. Andererseits steht dahinter die Ablehnung, für 'Schuldensünder', 'Schmarotzer' zu zahlen, die angeblich über ihre Verhältnisse gelebt haben und die nötigen Reformen nicht lieferten (vgl. Frank Schaeffler). Der Banken-Bailout als wesentliche Ursache der jetzigen Schuldenhöhe der Staaten wird systematisch ausgeblendet. Daher wird auch Irland ausgeblendet, das vor der Bankenkrise nur eine sehr geringe Staatsverschuldung hatte.
- Von konservativer Seite wird das Haftungsrisiko für den deutschen Staat in den Mittelpunkt gestellt. Die Argumentation erfolgt aus einer einseitig nationalistischen Perspektive (mit teilweise chauvinistischer Sprache), die die Vorteile der Währungsunion für die deutsche Exportwirtschaft und die Schulden der anderen als Konsequenz der jahrelangen Exportüberschüsse systematisch verschweigt. Es wird reine Standortpolitik betrieben, d. h. eine betriebswirtschaftliche Sicht der volkswirtschaftlichen Problemlage vertreten.
- An der bisherigen Rettungspolitik wird kritisiert, dass sie nur der Verschleierung diene, dass eine Transferunion eingerichtet werde und Deutschland als Stabilitätsanker dafür blechen müsse. (Target-2-System als Dispokredit der BuBa an die anderen Länder)³⁸ „Mit dem ESM verliert der Deutsche Bundestag die volle Souveränität im Budget-Recht. Die EZB wird die Finanzwirtschaft durch Geld drücken stützen. Und der verwässerte Fiskal-Pakt ist nicht mehr als ein Feigenblatt, damit Deutschland als der größte Nettozahler nicht unnötig gereizt wird.“
- Das Problem ist, dass die Regierung der Frage nach der Haftung und Einlösung der Bürgschaften im Falle eines Zahlungsausfalls ausweicht und der Mainstream im Parlament sich mit den durch Bosbach, Schaeffler, Gauweiler, Henkel und Sinn aufgeworfenen Fragen überhaupt nicht beschäftigt und keine ehrlichen Antworten gibt³⁹, dass aber im gesunden Bauchgefühl der Bevölkerung deren Argumentation plausibel erscheint. Statt sich wirklich damit zu befassen, wie die Geldströme laufen und belastbare Informationen und Zahlen vor der Abstimmung zu verlangen (zu erpressen), richtet man seinen Unmut auf „die Griechen“ und lenkt auch von der eigenen fehlenden Zivilcourage ab.
- Hier zur Veranschaulichung ein längeres Zitat aus der persönlichen Erklärung von Frank Schaeffler (Euro-Rebell) im Bundestag am 26.10.2011:⁴⁰
„Mit Hilfe der EFSF sollen Teilausfallzertifikate finanziert werden. Diese werden zusammen mit den Anleihen der Schuldenstaaten im Paket gekauft und können eingelöst werden, wenn der Zahlungsausfall eintritt. Eine Effizienzsteigerung ist in diesem Modell nur möglich, wenn der EFSF den ersten Ausfall übernimmt. ... Die Haftung der EFSF bezieht sich auf die riskante Spitze des Insolvenz-Schadens. Das erhöhte Risiko überträgt sich auf die deutsche Gewährleistung für die EFSF und damit auf den Steuerzahler. ... Allein zwischen 1981 und 2003 sind mehr als 100 souveräne Staaten zahlungsunfähig geworden. ... Die EFSF subventioniert die Verschuldung der Schuldenstaaten. Sie setzt ökonomische Anreize, Ausgabenkürzungen zu unterlassen ...“

38 Diese Position findet sich auf dem englischsprachigen Blog zerohedge und den Deutschen Mittelstandsnachrichten, z. B. im Artikel ESM und Fiskalpakt: EU-Gipfel ebnet Weg zur Schuldenunion [Deutsche Mittelstands Nachrichten](http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2012/01/37235/) | Veröffentlicht: 31.01.12, 00:10 <http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2012/01/37235/> ebenso in der Welt, s. ESM - Staatsstreich

39 So auch in der Mail des Finanzministeriums an mich, wie es um die Rangfolge der Gläubiger steht.

40 S. <http://frank-schaeffler.de/info/redenbundestag/1770>